

Neujahrsrede 11.01.2015

„Nur wer an die Zukunft glaubt, glaubt an die Gegenwart.“

Mit diesem Sprichwort aus Brasilien, dem Land, das uns im letzten Jahr einen tollen Fußballsommer mitsamt verdientem Weltmeistertitel beschert hat, möchte ich Sie auf dem Neujahrsempfang der Stadt Zirndorf herzlich begrüßen.

Denn wir alle glauben an die Zukunft von Zirndorf und seinen Einrichtungen und Institutionen; wir vertrauen auf unsere Kraft und unsere Ideen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich, dass wir gleich zu Beginn des neuen Jahres zusammenkommen, um den bewährten Dialog von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik fortzusetzen und um uns in lockerer Runde darüber auszutauschen, wo wir Handlungsbedarf sehen und welche Schwerpunkte wir 2015 für unser Wirken in und für Zirndorf setzen.

Und darum darf ich viele liebe Gäste herzlich unter uns begrüßen, wobei ich Sie bitte, den großen Willkommensapplaus bis zum Ende aufzusparen und dann umso kräftiger abzugeben.

...

Zudem begrüße ich die besten Abschlusschülerinnen und –schüler aus Mittelschule, Realschule und Gymnasium ...

Und ein herzliches Willkommen den per Zufallsgenerator ausgewählten Neubürgerinnen und –bürgern. Laut mir vorliegender Rückmeldung sind dies ...

Meine Damen und Herren, Sie haben, wir haben in den letzten Jahren viel bewegt hier in Zirndorf, jeder in seiner Organisation, seinem Betrieb, in seinem Amt, aber auch in gemeinsamen Bemühungen. Unsere Anstrengungen haben sich gelohnt, Tatkraft und Innovationsfähigkeit haben sich ausgezahlt.

Wir blicken auf ein interessantes Jahr 2014 zurück.

Die Fußball-Weltmeisterschaft habe ich schon erwähnt, aber das Jahr 2014 hat noch viel mehr geboten.

100 Jahre seit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, 75 Jahre seit dem Zweiten Weltkrieg, der ganz Europa in Schutt und Asche gelegt und den Zuschnitt vieler Staaten und Länder völlig neu geregelt hat. Und darum bin ich dankbar, dass meine Generation die erste von hoffentlich vielen kommenden Generationen war und ist, die keinen Krieg erleben musste, sondern beruhigt in Frieden leben durfte und darf.

Auch der Fall der Berliner Mauer vor 25 Jahren war die indirekte Folge dieses Neuzuschnitts der Staaten nach den Kriegen, denn ohne die Teilung unseres Landes wären die Einheit und vor ihr der Mauerfall nicht erfolgt.

Vor 25 Jahren haben die Menschen in der DDR einem totalitären System die Rote Karte gezeigt, haben sie bewiesen, dass Freiheit und Demokratie von keiner Regierung dieser Welt auf Dauer unterdrückt werden können.

Ich erinnere mich noch sehr gut an den 9. November 1989. Ich war mit Freunden zum Kartenspielen in einer Kneipe in der Fürther Südstadt, als die Nachrichten im Fernsehen über die Öffnung der Mauer berichteten. Wir vier Kartelfreunde, alle 26, 27 Jahre alt und mit den beiden deutschen Staaten aufgewachsen, haben erst ungläubig den Kopf geschüttelt und dann hemmungslos vor Freude geweint.

Trotz aller Schwierigkeiten und Widrigkeiten während des nachfolgenden Einheitsprozesses freue ich mich heute noch genauso wie vor 25 Jahren über diese Einheit. Und umso mehr stimmt mich traurig, dass noch längst nicht in allen Köpfen angekommen zu sein scheint, welche Vorteile unsere Demokratie für uns alle bereit hält.

Das zeigt sich nicht nur am Wahlverhalten, wie manche Ergebnisse extremer Parteien belegen, sondern leider oftmals auch an der Wahlbeteiligung. Und das nicht nur in den neuen Ländern so, nein, auch bei uns.

Immerhin durften wir 2014 gleich zwei Mal auf kommunaler Ebene wählen, einmal am 16. März und dann für den Kreistag ein weiteres Mal am 16. November.

Infolge einer erfolgreichen Wahlanfechtung war es einsam um den Landrat geworden, schließlich hatte die Regierung von Mittelfranken den Kreistag aufgelöst. Damit hatte der Landrat keine Stellvertreter und der Landkreis kein Beschlussgremium mehr. Eine Nachwahl war erforderlich geworden.

Doch anstatt jetzt erst recht zur Wahl zu gehen und die demokratischen Vertreter durch eine hohe Wahlbeteiligung zu stärken, haben nur 29 % der Landkreisbürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, bei uns in Zirndorf sogar nur weniger als jeder Vierte.

Das ist nicht nur beschämend, sondern auch eine schlimme Ohrfeige für unsere Demokratie. Aber auch für uns selbst, denn wir Kommunalpolitiker müssen uns nach diesem Debakel schon fragen, wen wir eigentlich noch vertreten, alle Bürgerinnen und Bürger im Landkreis oder aber nur 29 % davon. Und was ist mit den anderen 71 % ? Wer vertritt die ? Oder müssen die sich selbst vertreten ? Wo ist die demokratische Legitimation dieses Kreistags ? Welches Mandat haben wir denn überhaupt noch ?

Rein rechtlich ist das freilich kein Problem, die 29 %, die gewählt haben, sorgen rein rechtlich für eine demokratische Legitimation, keine Frage. Aber ob uns das auch moralisch und unserem Selbstverständnis entsprechend zufrieden stellen kann und darf, wage ich doch stark zu bezweifeln.

Mit diesem Ergebnis aus der, ich sage es noch einmal, rechtlich völlig korrekten Nachwahl dürfen wir nicht zufrieden sein und einfach zur Tagesordnung übergehen. Hier sind wir alle gefordert, der damit so deutlich zutage getretenen Politikverdrossenheit entgegenzuwirken, auf kommunaler wie auf staatlicher Ebene.

Von diesem Unerfreulichem zu etwas Erfreulichem; die meisten Geschäfte und Betriebe in Zirndorf stehen relativ gut da; 2014 wurden Gewinne erzielt und hier investiert. Ob klein, mittelständisch oder groß, die hiesigen Unternehmen haben erneut den Wirtschaftsstandort Zirndorf gestärkt und stehen zu ihm. Dafür bin ich sehr dankbar.

Eine große, beklagenswerte Ausnahme gibt es dabei freilich. Sie alle wissen, wovon ich rede.

Als ich am 19. November letzten Jahres durch die „Fürther Nachrichten“ von der Insolvenz der Firma Metz erfuhr, war ich mehr als nur betroffen. Ein Traditions- und Familienunternehmen mit 540 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, von denen ich viele kenne, mit einer 76jährigen Firmengeschichte und mit einer Firmenchefin, die nur zwei Monate zuvor einen runden Geburtstag feiern durfte. Ein schwerer Schlag für die „Chefin“, für alle Beschäftigten, aber auch für die Stadt.

Natürlich haben wir uns sofort mit der Firma in Verbindung gesetzt, den Herrn Ministerpräsidenten angeschrieben, um gemeinsam nach Lösungen für Metz zu suchen.

Nun stehe ich ja sicher nicht im Verdacht, die bayerische Staatsregierung ohne Not und vor allem über Gebühr zu loben, hier aber ist es angebracht. Die Kontakte waren sehr eng und sehr effektiv, ob durch Wirtschaftsministerin Aigner oder ihren Staatssekretär Pschierer, wobei ich allerdings die Pressekonferenz am 1. Dezember im Anschluss an ein nicht-öffentliches Informationsgespräch für unpassend gehalten habe. Meine Hoffnung ist, dass es nach Auskunft des Insolvenzverwalters Exner wohl Interessenten gibt, die bei Metz gerne einsteigen würden und dass viele, gerade auch der Fachhandel, sich um Hilfe für einen der größten Arbeitgeber in Zirndorf bemüht haben. Ich hoffe inständig, dass diese Bemühungen Erfolg haben werden, ähnlich, wie es bei Loewe vor nicht allzu langer Zeit auch gelungen ist. Es geht nicht nur um 540 Arbeitsplätze, es geht um 540 Menschen und ihre Schicksale.

Man mag dabei wie die Vertreter der Gewerkschaft Managementfehler beklagen, ob zu Recht oder nicht, das kann und will ich nicht beurteilen.

Fest steht aber: Ein großes Stück weit „schuld“ an dieser Entwicklung sind wir selbst, wir Verbraucher.

Von allen Seiten wird uns in der Werbung eingebläut, dass Geiz geil ist, dass wir doch nicht blöd sein sollen. Fernseher aus Fernost zu Schnäppchenpreisen sind vermeintlich attraktiver als Qualitätsprodukte made in Germany. Das ist die Botschaft, die uns die Werbung in allen Medien übermittelt.

Ich halte diesen Ansatz für grundfalsch und brandgefährlich, denn die Folgen dieser Einstellung, das sehen wir an Metz, sind fatal.

Auch, wenn Metz gerettet wird, muss in den Köpfen der Konsumenten nach meiner Überzeugung ein Umdenken einsetzen, müssen wir weg von dieser „Geiz-Mentalität“ zu einer neuen „Qualitäts-Mentalität“, denn nur ein verändertes Verbraucherverhalten kann den Bestand von Metz und anderen kleinen einheimischen Firmen auf Dauer sichern. Erst wenn diese Rückbesinnung erfolgt ist, wird man vielleicht auch registrieren, dass Geld zwar beruhigt, aber doch beileibe nicht alles ist und dass es um Menschen geht und eben nicht nur um „Schnäppchen“.

Doch trotz dieser unerfreulichen Entwicklung steht die Stadt insgesamt vergleichsweise gut da.

Auch wenn unsere Haushaltslage angespannt blieb, konnte Zirndorf doch vom Aufschwung der letzten Jahre profitieren. Die Steuereinnahmen stiegen 2014 nochmals an und haben

zu einem akzeptablen Ergebnis geführt. Vor allem beim Einkommenssteueranteil verzeichnen wir seit Jahren Zuwächse, die Gewerbesteuer als stärkste Einnahmequelle ist längst abgelöst.

Diese stabilen Steuereinnahmen, aber auch die vom Stadtrat mit breiter Mehrheit abgesegneten Kreditaufnahmen, ermöglichten es Stadtrat und Verwaltung, Investitionen zu tätigen, die Zirndorf weiter nach vorn brachten und unsere Stadt als Wirtschaftsstandort und als attraktiven Ort zum Wohnen und Leben stärkten. Exemplarisch möchte ich hier nur auf die Straßen- und Kanalsanierungen, auf den Ausbau der Kinderbetreuung, der uns ja schon seit Jahren beschäftigt, und auf unsere neu gestaltete Mittelschule verweisen. Auch den Erhalt und die Sanierung unseres BibertBades zähle ich ganz ausdrücklich dazu.

Diese Vorhaben kommen sowohl den Bürgerinnen und Bürgern wie zumindest mittelfristig auch der Wirtschaft zugute und sind nachhaltige Investitionen in die Zukunft unserer Stadt.

Und dass wir mit diesen Maßnahmen richtig liegen, belegt eine Studie der vom Deutschen Städte- und Gemeindebund herausgegebenen Zeitschrift KOMMUNAL vom November 2014.

Demnach sind in Städten unserer Größenordnung, also mit mehr als 20.000 Einwohnern, Investitionen als besonders

wichtig angesehen im Bereich Unterhalts- und Sanierungsmaßnahmen von Gebäuden, Straßen und Kanälen (86 %), beim Unterhalt und Bau von Schulen und Bildungseinrichtungen (79 %) und beim Ausbau der Kinderbetreuung (74 %). Dies deckt sich genau mit den Schwerpunkten, die wir damit wohl richtig gesetzt haben, weil sie auch für unsere Bürger wichtig sind.

Und demzufolge sind auch 71 % der Bürgerinnen und Bürger in diesen Städten und Gemeinden der Auffassung, dass sich die Lebensqualität in ihren Kommunen verbessert hat, wenngleich über 80 % die fehlende Finanzierbarkeit und fehlende Förderung beklagen. Die höhere Verschuldung der Stadt kann niemandem von uns gefallen; sie ist aber Ergebnis von gesetzlichen Vorgaben und Notwendigkeiten sowie der vom Stadtrat explizit gewünschten Steigerung der Lebensqualität in unserer Stadt.

Diese Schulden müssen jetzt gleichwohl sukzessive zurück geführt werden. Das ist wichtig und richtig und das wollen wir auch angehen, auch wenn wir keine 4 Millionen an Stabilisierungshilfen wie unsere Nachbarstadt Fürth erhalten. Diese Hausaufgabe liegt jetzt noch vor uns, nachdem wir viele wichtige und kostenintensive Hausaufgaben in den letzten Jahren erledigt haben.

Aber ich wiederhole mich in dieser Sache gern: Wir haben nachhaltig in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt investiert und das ist auch gut so, weil es uns wettbewerbsfähig hält.

Die mit breiter Mehrheit quer über alle Fraktionen im Stadtrat getroffenen Entscheidungen belegen diese Tatsache, weil es vor allem Investitionen in die Zukunft unserer Kinder waren.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, wir sind auf einem guten Weg. Und diesem Kurs will ich, wollen Stadtrat und Verwaltung 2015 weiter folgen, zumal einige dieser von mir genannten Maßnahmen und Projekte ja erst in 2015 fertig gestellt werden. Der Spatenstich für die neue Kita am Achterplätzchen liegt ja gerade erst fünf Wochen zurück, die Kita Schützenstraße wird in diesen Tagen fertig.

Freilich, in unserer globalisierten Welt kommt es nicht nur auf die eigene Leistungsfähigkeit an, wir hängen auch von der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage ab. Und mit „wir“ meine ich uns alle, die Menschen in unserer Stadt und in Deutschland, ja in ganz Europa.

Wir alle sind froh über die stabile Entwicklung in unserem Land, aber wir alle befürchten auch, dass die Konjunktur sich abschwächt. Die jüngste Steuerschätzung der Bundesregierung verheißt da keine Euphorie, sondern ganz pragmatisch geringere Gewerbesteuerereinnahmen. Die Einkommenssteuer soll stabil bleiben, weil wir eine sehr gute

Beschäftigungslage haben. Aber auch das kann sich einmal ändern.

Unsere Steuereinnahmen bilden aber die tragende Säule für unser kommunales Wirken, für die Erfüllung unserer Aufgaben. Und darum erlaube ich mir hier schon die Bitte an die bayerische Staatsregierung, gerade für die kommunalen Pflichtaufgaben den Kommunen eine verlässliche Einnahmequelle zuzusichern. Angesichts der relativ häufigen, aber immer unvorhersehbaren Schwankungen bei den Steuereinnahmen, vor allem bei der Gewerbesteuer, sind hier vielleicht sogar ganz grundsätzlich neue Überlegungen nötig.

Um es klar zu sagen: Ich bin uneingeschränkt für den Erhalt der Gewerbesteuer als einer der wichtigsten kommunalen Einnahmequellen. Aber vielleicht braucht es hier dennoch eine komplette Überarbeitung des Finanzausgleichs zwischen dem Freistaat Bayern und seinen Kommunen. Der neue Länderfinanzausgleich, Bayern hat ja geklagt, könnte hierfür eine Chance bieten.

Und dann stellt sich sicher nicht nur für mich die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit. Sind Großstädte anders zu behandeln als kleinere Städte ? Kleinere Städte anders als Dörfer ?

Wie steht es da um die „gleichwertigen Lebensbedingungen“, die die Bayerische Verfassung von uns allen fordert ?

Klar ist, und das ist auch die Position, die wir im Bayerischen Gemeindetag vertreten, dass größere Städte mehr überörtliche Aufgaben zu erfüllen haben als kleinere.

Wahrscheinlich brauchen sie dafür auch mehr Geld, mag sein, ja, ist sogar verständlich und nachvollziehbar.

Aber wie viel mehr ist das ? Wie baue ich einen „Steuer-Krösus“ wie die Landeshauptstadt München, wie Starnberg, Grünwald oder auch Neumarkt in das Gesamtgefüge des Finanzausgleichs ein? Geht das überhaupt ? Und wie viel mehr an Aufgaben müssen diese Kommunen dann übernehmen ? Ist das gesetzlich überhaupt regelbar ?

Die 2.056 bayerischen Kommunen sind so unterschiedlich strukturiert, dass ich mir das kaum vorstellen kann.

Aber das sind nur einige wenige der Fragen, die wir uns im Hinblick auf die künftige Finanzausstattung der bayerischen Kommunen stellen müssen, die sich aber auch ganz praktisch auf die Finanzsituation der Stadt Zirndorf auswirken können und werden.

Ich will hier als Beispiel nur die Entwicklung der Kreisumlage und die Schlüsselzuweisungen für Zirndorf im Jahr 2015 anführen. Trotz der geplanten Anhebung des Hebesatzes um 0,2 Punkte müssten wir heuer gut 600.000 Euro weniger

als 2014 an den Kreis abführen. Zugleich bekommen wir 3 Millionen Euro an Schlüsselzuweisungen vom Freistaat.

Das tut uns gut, keine Frage, ist aber nur eine Momentaufnahme und außerdem ein Beleg für die deutlich gesunkene Steuerkraft unserer Stadt. Zudem führt es dazu, dass diese hohen Schlüsselzuweisungen mit zeitlichem Versatz wieder zu einer höheren Steuerkraft führen, was eigentlich erfreulich wäre. Die Folge der dann wieder höheren Steuerkraft ist aber dann wiederum eine höhere Kreisumlagenzahlung und geringere Schlüsselzuweisungen in ein paar Jahren. Grund genug also, das Ganze mit einem lachenden, aber auch einem weinenden Auge zu betrachten, weil so keine Stabilität und Verlässlichkeit erreicht werden kann. Und unter anderem darum braucht es meines Erachtens eine Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs, um verlässlichere Planungsdaten und –zahlen bekommen zu können.

Doch nicht nur innen- bzw. finanzpolitische Themen müssen uns beschäftigen, auch die Entwicklungen in vielen Regionen der Welt haben bei uns Besorgnis ausgelöst.

Denn während bei uns die nicht mehr ganz so neue Bundesregierung ihr Programm zügig in die Tat umsetzte und die Deutschen, so das Institut für Deutsche Wirtschaft, mit ihrem Leben so zufrieden waren wie lange nicht mehr, während es in Deutschland 2014 also relativ rund lief,

brachen in anderen Regionen der Welt neue Krisen aus, flammten alte Konflikte wie zwischen Russland und der Ukraine wieder auf und trat mit dem Islamischen Staat eine bis dahin eher unbekannte Terrormiliz mit äußerst brutalem Vorgehen auf den Plan.

Das berührt uns nicht nur menschlich. Wir mussten und müssen uns auch mit den Folgen und Auswirkungen auseinandersetzen, den politischen wie den wirtschaftlichen. Und die waren gerade bei uns in Zirndorf deutlich spürbar. In einer von bislang nur zwei Zentralen Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge in Bayern, die wir in Zirndorf seit sechs Jahrzehnten beherbergen, herrschten über Wochen unvorstellbare, unmenschliche Zustände, war die für 650 Menschen ausgelegte Einrichtung mit weit über 2.000 Asylbewerbern belegt, mussten Treppenstufen als Schlafplätze vergeben werden. Von den hygienischen Zuständen und der medizinischen Versorgungslage will ich gar nicht sprechen. Mit der vom Grundgesetz geforderten „Würde des Menschen“ hatte das wahrlich nichts mehr zu tun.

Hier hat die Politik versagt, das sage ich ganz deutlich.

Denn die Krisen und Kriege im Irak, in Syrien, in der Ostukraine waren bekannt, die Flüchtlingsströme aus diesen Ländern zu uns vorhersehbar. Nur durch die großartige Unterstützung von vielen freiwilligen Helfern, ich hebe hier

Erwin Bartsch und die Asylgruppe von St. Rochus besonders hervor, sowie hilfsbereiten Kommunen und Einrichtungen, denen ich an dieser Stelle herzlich danke, konnte diese Überbelegung abgebaut werden und wieder ein „normales Leben“ in unserer ZAE einkehren. Wir werden aber dennoch noch jahrelang mit den Folgen dieser Zuwanderung zu tun haben, da bin ich mir sicher. Umso wichtiger sind nun die rasche Schaffung weiterer Aufnahmeeinrichtungen, um Zustände wie in der ZAE Zirndorf dauerhaft vermeiden zu können, und schnelle Entscheidungen durch das Bundesamt. Und hier war es richtig, mit der „Sichere-Drittstaaten-Regelung“ klare Vorgaben zu machen, wer zu Recht aus Furcht vor Verfolgung in unser Land kommt und wer nicht. Das gebietet schon allein der Respekt vor den Menschen, die bei uns Schutz suchen, aber auch vor denjenigen, die diesen Schutz bieten wollen.

Und darum darf sich die Politik nicht noch einmal ein solches Versagen erlauben. Denn, machen wir uns nichts vor, solche Zustände wie in unserer ZAE sind Wasser auf die Mühlen von solch abstrusen Gruppierungen wie Pegida, die dies für ihre rassistischen Grundüberzeugungen nutzen und wie Rattenfänger auch andere leichtgläubige Menschen für ihre Zwecke missbrauchen.

Dass allerdings auch so perfide Mordanschläge islamistischer Attentäter wie jüngst in Paris Pegida und

Konsorten in die Hände spielen, möchte ich an dieser Stelle aber ebenfalls nicht verschweigen.

Doch die Flüchtlinge sind das Eine, die wirtschaftlichen Auswirkungen das Andere: Der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland hat außerdem Wirtschaftssanktionen und Handelsbeschränkungen nach sich gezogen, die auch deutsche Firmen und Betriebe betreffen; der Markt hat, wenn auch zum Glück nicht stark, auf die anhaltenden Krisen und die Instabilität weiterer Regionen reagiert. Und die alten Probleme sind noch keineswegs behoben, obwohl sich schon neue auftun. Nach wie vor weist die Euro-Zone eine konjunkturelle Schwäche auf, was uns als Exportnation natürlich trifft. Und was der mögliche, als „Grexit“ verharmloste Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone bedeuten könnte, wissen wir auch nicht.

All dies trifft und trafe die „große Politik“, aber auch uns auf kommunaler Ebene, vor allem finanziell. Denn sowohl die „große Politik“ als auch die Stadt müssen sich den Herausforderungen der Gegenwart stellen. Wir alle brauchen Planungssicherheit und klare Vorgaben und Zielsetzungen.

Für mich persönlich, ich habe es bereits erwähnt, wäre dabei jetzt eine Phase der Konsolidierung unserer Finanzen wünschenswert, doch der Investitionsstau, den unser Kämmerer Martin Fenn bei den Bürgerversammlungen 2014 beklagt hat, wird uns da sicher Probleme bereiten.

Dennoch habe ich als Ziel für die Haushaltsberatungen einen Abbau unserer Verbindlichkeiten ausgegeben. Wir werden uns zunächst verwaltungsintern und dann natürlich in den Ausschüssen und im Stadtrat damit intensiv befassen müssen, welche Maßnahmen und Leistungen wir dafür opfern müssen.

Das wird sowohl die Investitionen als auch die freiwilligen Leistungen der Stadt betreffen, machen wir uns da bitte keine Illusionen. Ohne Leistungsabbau werden wir das nicht schaffen. Und das kann schmerzhaft werden. Das werden wir vielleicht schon morgen im Controlling-Ausschuss spüren.

All das sind Themen, meine Damen und Herren, die die Bürgerinnen und Bürger bewegten und weiterhin bewegen und die uns alle fordern, weil sie unser künftiges Zusammenleben prägen.

Eine gute Bildung, meine Damen und Herren, ist heute der Schlüsselfaktor für Erfolg und gutes Leben, für jeden einzelnen Menschen wie für unsere Gesellschaft insgesamt.

Man mag das als „Binsenweisheit“ abtun, dennoch ist diese Erkenntnis von großer Bedeutung.

Jeder junge Mensch hat ein Anrecht darauf, viel zu lernen und gezielt gefördert zu werden; jeder junge Mensch hat einen Anspruch darauf, seine Begabungen entfalten zu können. Und unsere Gesellschaft braucht so viele gut

ausgebildete Köpfe wie möglich, denn Wissen ist unsere Ressource, unser Garant für Fortschritt und Weiterentwicklung. Wir sind kein Land, das reich an Rohstoffen ist. Unser wichtigster „Rohstoff“ ist und bleibt die Bildung und das Wissen der Menschen in unserem Land, in unserer Stadt.

Und deshalb fährt die Stadt fort, ihre Schulen zu modernisieren und auf Ganztagsbetrieb umzustellen. Unsere Mittelschule hat schon vor einigen Jahren Ganztagszüge eingerichtet, in diesem Schuljahr hat auch die Grundschule I an der Mühlstraße nachgezogen. Ich meine, eine gute Entwicklung und ich beglückwünsche Herrn Rektor Hans-Georg Schulz zu seinem Mut, Ganztagesklassen schon in der Grundschule einzurichten. Jetzt müssen wir aber sehen, dass sich die verschiedenen Betreuungsangebote, also die neue Ganztagsbeschulung, der Hort und die Mittagsbetreuung, sinnvoll ergänzen und nicht gegenseitig konkurrieren. Auch das bleibt nicht immer schmerzfrei, wie wir erst kürzlich in der Mühlstraße feststellen mussten.

Bildung, meine Damen und Herren, bezieht sich nicht nur auf Schulbildung, sondern auch auf berufliche Ausbildung oder Studium sowie auf kontinuierliche Weiterbildung. Life-long Learning ist heute angesagt, doch grundlegend ist natürlich die Bildung, die unsere Kinder und Jugendlichen in der

Schule sowie im Anschluss an ihren Schulabschluss erhalten.

Ich bin froh, dass in Zirndorf nach wie vor viele Betriebe Ausbildungsplätze anbieten, die Lehrstellenbörse der SPD hat das erst vor wenigen Monaten wieder bewiesen, und ich kann an alle Firmen und Geschäfte nur appellieren, auch weiterhin auszubilden und sich gegebenenfalls zusammenzuschließen, um Kapazitäten und Kräfte zu bündeln. Auch wir bei der Stadt bilden unsere Nachwuchskräfte seit vorletztem Jahr selbst aus und lassen die Ausbildung nicht mehr vom Landratsamt vornehmen, um den Nachwuchs besser auf unser städtisches Arbeitsumfeld auszurichten.

Denn unser Ausbildungssystem steht vor einer großen Belastungsprobe. Schon heute fehlen in etlichen Branchen Fachkräfte und dieser Mangel wird sich noch verstärken, da in den kommenden Jahren die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass jeder ausbildungswillige Jugendliche eine Lehrstelle und jeder ausbildungsbereite Betrieb Bewerber findet. Es ist eine ungute Entwicklung, dass die Anzahl der unbesetzten Lehrstellen zunimmt und die Anzahl der Jugendlichen, die sich vergeblich bewerben, noch stärker steigt.

Die Gründe sind bekannt: Es gibt weniger Bewerber und weniger Ausbildungsbetriebe, Angebot und Nachfrage

passen nicht zusammen, der Trend geht zum Studium und nicht zur Lehre. Deshalb müssen wir unsere Anstrengungen verstärken, Schulabgängerinnen und Schulabgänger intensiv zu beraten und zu begleiten sowie Studienabbrecher für eine Ausbildung zu gewinnen und die Ausbildung attraktiver zu gestalten.

Die Zirndorfer Betriebe, die IHK und die Handwerkskammer leisten hier schon viel. Und die Stadt wird Sie weiterhin unterstützen, unter anderem mit Ausbildungsplätzen für Verwaltungsfachkräfte. Es liegt ja in unser aller Interesse, dass unsere bewährte duale Ausbildung weiterhin ihre Erfolgsgeschichte schreibt.

Meine Damen und Herren, neben Bildung ist Familienfreundlichkeit längst zu einem Standortfaktor geworden, zum Standortfaktor für Kommunen wie für Betriebe. Mir liegt viel daran, junge Eltern dabei zu unterstützen, Beruf und Familie vereinbaren zu können. Denn wenn junge Menschen in Zirndorf gute Perspektiven für ihr Leben sehen, dann hat unsere Stadt Zukunft. Und auch deshalb investieren wir weiter in Kitas, in Plätze für Unter- und Überdreijährige, aber auch in die Qualität unserer Betreuungseinrichtungen.

Meine Damen und Herren, ich weiß es zu schätzen, dass sich viele Menschen in unserer Stadt ihrer Verantwortung für eine familienfreundliche Gesellschaft bewusst sind und

zusammen mit der Stadt Strategien zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie entwickeln und fördern. Kinderbetreuung und Bildung sind wichtige, aber nicht die einzigen Faktoren für Familienfreundlichkeit. Dazu gehören auch gute Arbeitsplätze, gute Wohnangebote und eine gute Infrastruktur.

Wir als Kommune haben natürlich nur einige wenige Arbeitsplätze anzubieten. Unser Bestreben ist vor allem darauf gerichtet, für günstige Rahmenbedingungen zu sorgen, damit Unternehmen investieren und Arbeitsplätze erhalten sowie neue schaffen. Auch das alljährliche Wirtschaftsgespräch im Rathaus soll zu einem guten und einvernehmlichen Klima zwischen Stadt und Betrieben beitragen. Ein enger Kontakt zwischen den Bürgern und der Stadtverwaltung ist für mich eine Selbstverständlichkeit.

Handel und politische Beziehungen, meine Damen und Herren, leben von Austausch, von gut geknüpften Netzwerken, von sicheren Verkehrswegen und sicherer Kommunikation. Viele unserer Kontakte und Vereinbarungen laufen heute – wem sage ich das – über das Internet. Das neue Medium erspart uns Zeit und Geld und hat ganz neue Möglichkeiten der Kommunikation eröffnet.

Darum haben wir uns auch im Rahmen des Breitbandpaktes II darum bemüht, den DSL-Ausbau in den unterversorgten Stadtgebieten voranzutreiben und sind auf einem guten

Weg. Leider dauern die Verfahren sehr lange, doch hängen von deren ordnungsgemäßer Durchführung auch die nötigen Zuschüsse ab. Immerhin haben wir jetzt konkrete Angebote namhafter Anbieter vorliegen. Der Stadtrat wird sich demnächst mit der Vergabe beschäftigen müssen. Ich hoffe, dass nach der Vergabe dann auch bald die Erdarbeiten für die Verlegung der Glasfaserkabel beginnen.

Meine Damen und Herren, Zirndorf ist im letzten Jahr weiter vorangekommen, aber es liegen weiterhin große Herausforderungen vor uns. Mir liegt daran, dass wir uns wirtschaftlich weiter entwickeln, sowie an einem Wachstum, das allen zugute kommt. Diese soziale Komponente ist mir als Bürgermeister aller Zirndorferinnen und Zirndorfer sehr wichtig.

Mir kommt es auf den Zusammenhalt und das Zusammenwirken an. In Zirndorf sollen sich alle, die hier leben und noch zu uns kommen, zugehörig fühlen. Das macht uns stark, das macht unsere Stadt lebendig. Deshalb bin ich sehr froh, dass bei uns viele Menschen etwas für ihre Mitmenschen tun, dass sie sich einbringen und für das Gemeinwohl aktiv werden. Unsere Gemeinschaft ist auf Menschen angewiesen, die sich für ihr Umfeld verantwortlich fühlen, die dazu beitragen, dass „ihre“ Stadt viel zu bieten hat. Dazu gehören die Vereine und Verbände genauso wie

die Firmen, Behörden und Einrichtungen. Sie alle schaffen das Gesamtbild „Stadt“.

Oder wie es der ehemalige Turnweltmeister und heutige CDU-Bundestagsabgeordnete Eberhard Gienger ausdrückte: „Die Wurzeln unserer Demokratie liegen in der Kommune, hier gestalten Politik, Verwaltung, Wirtschaft sowie die Bürgerinnen und Bürger das gesellschaftliche Gemeinwesen“.

Deshalb möchte ich heute allen ganz herzlich danken, die ihre Tatkraft, ihre Ideen und ihren Elan in unsere Stadt einbringen und dieses Gemeinwesen gestalten:

den Unternehmen, die dem Standort Zirndorf auch in nicht so rosigen Zeiten treu bleiben und die kulturelle wie sportliche Events sponsern, dem Stadtrat und der Stadtverwaltung sowie allen Menschen, die sich in ihrer Stadt und für ihre Stadt ehrenamtlich engagieren.

Jede Kommune profitiert davon, wenn viele Menschen Verantwortung übernehmen, wenn Bürger wie Unternehmen sich engagieren.

Meine Damen und Herren, wir blicken in Zirndorf auf eine lange Tradition guter Zusammenarbeit zurück; wir haben gemeinsam schon viele Projekte auf den Weg gebracht, die unseren Standort und unsere Zukunft sichern. Und ich freue mich auf unsere Zusammenarbeit im neuen Jahr, denn wir

haben eine gute Basis, um auch 2015 gemeinsam viel zu bewirken.

Schließen möchte ich mit einem Zitat des von mir überaus geschätzten Mark Twain, der meinte, „Rhetorik ist deshalb ein Problem, weil es schwierig ist, gleichzeitig zu reden und zu denken. Politiker entscheiden sich daher meistens nur für eines von beiden.“

Nun, ich hoffe, ich konnte Mark Twain mit meinen Ausführungen wenigstens teilweise widerlegen, danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen ein gutes, gesundes und erfolgreiches neues Jahr und Gottes Segen!